

# Der irreparable Systemzusammenbruch

Ein Artikel von Martin Besecke von Juli 2015 - [www.martinbesecke.de](http://www.martinbesecke.de)

Aufgrund unserer Politik der unbedingten Systemerhaltung, Elitenrettung und der eigenen Machterhaltung um jeden Preis und vor allem aus der daraus resultierenden vollkommen falschen, desaströsen und jegliche Ressourcen vernichtenden Krisenbewältigungspolitik, die nichts anderes als die Fortführung sowie eine weitere Vertiefung und Verschärfung der mit der Systemkrise von 2007/2008 eigentlich schon gescheiterten neoliberalen Politik darstellt, wurde die Geldmacht nochmal zusätzlich enorm gestärkt und noch unabhängiger und mächtiger gegenüber der Politik, als sie es ohnehin schon war.

Und dies geschah durch diese Krisenpolitik zwangsläufig und automatisch, denn diese Entwicklungen, Auswirkungen und Zusammenhänge waren insofern klar und eindeutig vorhersehbar, weil die Folgen dieser Politik so logisch wie  $1 + 1 = 2$  sind, und, weil ja genau diese neoliberale Politik das Entstehen dieser Systemkrise überhaupt erst mit ermöglicht und verursacht hat.

In der Praxis sieht das dann u.a. so aus, dass z.B. die Banken der Politik die Bedingungen diktieren können und auch diktieren, wie man sie retten darf.

Und deswegen kann der Finanzkapitalismus auch heute immer noch genauso ungehindert und zügellos agieren wie vor der Krise von 2007/2008, weil keine ernstzunehmenden Regulierungen und keine notwendigen strukturellen und institutionellen Veränderungen, die die Ursachen hätten beseitigen und vor allem auch zukünftig verhindern können, in Angriff genommen wurden.

Und deswegen ist das ganze Finanzsystem natürlich auch heute immer noch genauso instabil, wie vor der systembedingten Krise von 2007/2008.

Ebenso ist die sog. Eurokrise alles andere als ausgestanden, sondern ganz im Gegenteil, das Auseinanderbrechen der gemeinsamen Währung ist akuter denn je, weil vor allem Frankreich wirtschaftlich mit einer abwandernden Wirtschaft und über 10 Millionen offiziellen Arbeitslosen, finanziell mit einem immer größer werdenden Haushaltsdefizit, politisch mit vollkommen erstarrten, verkrusteten und korrumpierten Systemstrukturen und einem in sich verklüngelten Zweilager-Establishment sowie gesellschaftlich mit einer sich immer mehr "radikalisierenden" Bevölkerung anfängt wegzukippen und aufgrund der Größe seiner Volkswirtschaft durch die europäischen Rettungsmechanismen dann auch nicht mehr aufgefangen werden kann. Und wenn Frankreich kippt, dann kippt auch Deutschland und dann natürlich ganz Europa.

Dieses Szenario ist die große Angst europäischer Politiker, weswegen Frankreich, besonders wenn es um die Einhaltung der Stabilitätskriterien geht, auch mit Samthandschuhen angefasst wird, ganz im Gegensatz zu den südeuropäischen Staaten.

Dass Frankreich vor allem wirtschaftlich so abrutscht, hat einen wichtigen Hauptgrund.

Frankreich hat bis dato noch keine solchen neoliberalen Strukturreformen, wie z.B.

Deutschland mit der "Agenda 2010", im neoliberalen Politsprech auch gerne "Modernisierung" genannt, umgesetzt. Und das macht das globale Wirtschafts- und Finanzsystem schlicht und einfach nicht mehr mit, sondern zwingt die Staaten bewusst und gewollt dann über wirtschaftlichen Druck in die Knie.

Dahinter steckt natürlich auch die Strategie der Neuausrichtung des Gesellschaftsvertrags, weg vom Prinzip der Verantwortung und Solidarität hin zur totalen Freiheit des Kapitals, und

welche im Übrigen von der Politik, und in Europa ganz besonders von der deutschen Regierung sowie von der EU-Kommission, bewusst und gewollt unterstützt und befördert wird. In diesen Kontext gehört auch die Aussage der damaligen Kanzlerin Angela Merkel in ihrem Interview mit der "Financial Times Europe" vom 16. Dezember 2012: "Der Sozialstaat gefährdet unseren Wohlstand!"

Und selbst wenn Frankreich dann doch solche neoliberalen Maßnahmen, im Politisprech auch gerne "Reformen" genannt, einführen sollte (Nachtrag: Solche neoliberalen Arbeitsmarktreformen, wurden in Frankreich im Juli 2016 eingeführt!), bedeutet das noch lange nicht, dass allein nur aufgrund dessen die schon abgewanderte Wirtschaft auch wieder zurückkehren wird, wie das die südeuropäischen Staaten nach der neoliberalen Umgestaltung durch die Spardiktate bereits zeigen.

Ein weiterer destabilisierender Faktor ist das wirtschaftliche Ungleichgewicht innerhalb der Währungsunion. Die wirtschaftliche Stärke Deutschlands schwächt aufgrund der bereits erschlossenen und gesättigten und damit begrenzten globalen Märkte ganz grundsätzlich und automatisch die anderen Länder in ihren wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten. Um dieses Ungleichgewicht auszugleichen, wird z.B. an der Geldpolitikschaube gedreht, indem über die Erhöhung der Geldmenge (Stichwort: EZB/Anleihekauf) und Zinssenkungen versucht werden soll, 1. die Inflation zu erhöhen und 2. die Investitionen anzukurbeln, um 3. dadurch ein neues Wachstum und neue, zusätzliche Arbeitsplätze zu generieren. Alle drei Zielsetzungen sind aber bis dato aufgrund der Vorgaben der Sparpolitik in Verbindung mit dem neoliberalen Wirtschaftsgebaren logischerweise nicht eingetreten. Stattdessen fließen diese Gelder in einem Bailout-Verfahren direkt in die Taschen der Finanzoligarchien oder wird von den Staaten in eine (rechtswidrige) Quasi-Bad Bank für zahlungsüberfällige Staatsanleihen umgewandelt, was das Entstehen einer neuen Kreditblase diesmal aus Staatsschulden bedeutet und die wie eine Zeitbombe funktioniert. Zusammengefasst, führt diese Geldpolitik zwangsläufig zu einer gigantischen Geldvermehrung bei den Finanzeliten und damit zu einer weiteren Spaltung der Gesellschaften.

Und die nur rein statistisch hoch aussehenden Wachstumsraten in den südeuropäischen Staaten, die als Gesundungen durch die Austeritätspolitik verkauft werden, kommen nur deswegen zustande, weil mittlerweile die staatlichen Leistungen, die Löhne sowie die Arbeitnehmerrechte bis zum geht nicht mehr heruntergefahren, die Steuern, Abgaben und Gebühren ausschließlich nur für die Mittel- und unteren Schichten massiv angehoben (natürlich bei gleichzeitiger massiver Absenkung der Unternehmensbesteuerungen), die Arbeitsmärkte umfassend dereguliert und öffentliches Eigentum in einer beispiellosen Weise privatisiert und ausverkauft worden sind, was zusammengenommen zu einer breiten Verarmung und Perspektivlosigkeit der Bevölkerungen, zu großen Kaufkraftverlusten und damit auch zu einem Einbruch in den Steuereinnahmen sowie zur regierungs-politischen Handlungs- und Gestaltungsunfähigkeit der betroffenen Nationalstaaten führte.

Der damalige portugiesische Ministerpräsident José Sócrates empfahl 2010 in einer öffentlichen Stellungnahme seinem Volk dann auch "auszuwandern", da aufgrund der Spardiktate und der damit einhergehenden neoliberalen Umgestaltung des portugiesischen Gesellschaftssystems, "in den nächsten 50 Jahren keinerlei Perspektiven und Entwicklungsmöglichkeiten mehr zu erwarten seien".

Und so kommt dann auch von diesen vermeintlichen "wirtschaftlichen Erholungen" bei den Bevölkerungen und den Gemeinwesen natürlich nichts an, weil diese neuen sog. Staatsüberschüsse, die eben nicht aus einer Wirtschaftsleistung resultieren, sondern nur

aufgrund dieser radikalen Senkung der Staatsausgaben auf Kosten der Sozial- und Gemeinwesen sowie einer einseitigen Ausplünderung der Zivilgesellschaften zustande kommen konnten, direkt in die Schuldentilgung, d.h. direkt in die Taschen der privaten Gläubiger und Banken fließen.

Diese Art der Schuldentilgung bleibt natürlich erfolglos, weil die Gemeinwesen trotzdem irgendwie halbwegs am Leben erhalten werden müssen. Und das funktioniert nur, indem nur noch auf die jetzt noch einzige verbliebene staatliche Gestaltungsmöglichkeit zurückgegriffen werden kann, der überlebensnotwendigen Aufnahme neuer Schulden, was aber bedeutet, dass sich dadurch die Schuldenspirale und damit die Schuldenfalle weiter ins Negative entwickelt.

Eine durch diese ultra-neoliberale Sparpolitik zwangsläufig und direkt bedingte Negativentwicklung, eine Sparpolitik, die in Südamerika schon gescheitert ist und zum Staatsbankrott Argentiniens, Ecuadors und Puerto Ricos geführt hat und aktuell in Europa Griechenland in den Staatsbankrott führt, dem Portugal, Spanien und Italien folgen werden. Es zeigt sich also auch hier, wie bis dato immer und überall, dass ein Sparen in der Rezession die Schulden nur erhöht und die Rezession endlos verlängert. Es beweist sich auch hier die Untauglichkeit der von Angela Merkel durchgepeitschten Austeritätspolitik.

Aber letztendlich sind diese von der Politik verlautbarten wirtschaftlichen (Schein)Erholungen tatsächlich nicht existent bzw. liegen weit unter den (statistischen) Werten von vor der Krise.

Auch schon vor der Krise entsprachen die damaligen Wachstumsraten nicht den sog. realwirtschaftlichen Erträgen. Denn auch schon damals waren die globalen Märkte, genauso wie heute, bereits erschlossen und gesättigt, und weswegen auch heute eine echte und reale wirtschaftliche Erholung natürlich nicht eintreten kann.

Die damaligen Wachstumsraten basierten fast ausschließlich nur auf Kreditblasen, verursacht durch den global deregulierten Finanzkapitalismus und durch die bis heute im Euro-Raum fehlende einheitliche Steuer-, Sozial-, Finanz- und Wirtschaftspolitik.

Und aufgrund des wirtschaftlichen Niedergangs durch die Systemkrise von 2007/2008, der durch die Austeritätspolitik nachhaltig verstärkt wird, der dadurch bedingten immer weiter sinkenden Kaufkraft und den damit einhergehenden sinkenden Steuereinnahmen, ist eine vollständige Tilgung nicht nur der Staatsschulden noch unrealistischer geworden, als ohnehin schon zuvor.

Hinzu kommt, dass der wirtschaftliche Aufstieg der sog. Schwellenländer, die große Hoffnung der "westlichen" Wirtschaft für die dringend benötigten Wachstumsmöglichkeiten, u.a. aufgrund von raubtierkapitalistischen Zügellosigkeiten, Korruption, breiten gesellschaftlichen Ungleichheiten und durch systembedingte Blasen wegbröckelt und dadurch mittlerweile selbst in schwere Systemkrisen abrutschen, wie u.a. Brasilien, China und Indien.

Ebenso bedienen diese Schwellenländer ihre eigenen inländischen sehr großen Märkte zunehmend mit eigenen hochwertigen Waren und Dienstleistungen, sodass die "westlichen" Unternehmen sukzessive von diesen Märkten wieder verdrängt werden. Deswegen wird jetzt auch als letzter Strohalm der sog. "Marshallplan für ("mit") Afrika" vorangetrieben, der sich am US-amerikanischen Vorbild orientieren soll und hauptsächlich natürlich vorrangig nur der westlichen Wirtschaft und damit den westlichen Volkswirtschaften dienen soll.

Das alles zusammengenommen kann zwangsläufig und logischerweise natürlich nur in den nächsten Kollaps führen! Und tatsächlich mehren sich inzwischen viele eindeutige Hinweise,

und im Übrigen diesmal sogar in allen Systembereichen, dass der nächste Crash im Prinzip sogar unmittelbar bevorsteht.

Wirtschaftlich mit einem globalen neoliberalen Wirtschaftssystem, das sich mit seiner radikalen Ausbeutung die eigenen Lebensgrundlagen entzogen hat und die Nationalstaaten in einen gegenseitigen ruinösen Konkurrenzkampf, der gegen die eigene Bevölkerung geht, zwingt, politisch mit einer vollkommen korrumpiert-verkrusteten, ideologisch erstarrten, geist- und verantwortungslosen sowie handlungsunfähigen und -unwilligen Politikerkaste, der zunehmend (zu Recht) die Legitimation abgesprochen wird, gesamtsystemisch mit vollkommen verkrusteten systembestimmenden Strukturen und kulturell-gesellschaftlich mit Zivilgesellschaften, die zunehmend (berechtigterweise) das Vertrauen in die politischen Institutionen und deren Akteure verlieren und wesentlicher (Grund-)Werte und -rechte sowie Kommunikationsmöglichkeiten beraubt, sich zunehmend (rechts-)nationalistisch polarisieren und radikalieren.

Dieser drohende Systemzusammenbruch würde dann aufgrund dieser Zusammenhänge und vor allem aufgrund der aktuell betriebenen Politik nicht mehr reparabel sein können, weder finanziell noch wirtschaftlich und schon erst recht nicht mehr politisch und gesellschaftlich. Es würde dann einen vollkommenen Zusammenbruch und ein Versagen auch auf institutioneller und struktureller Ebene geben, sodass aufgrund dessen dann zwangsläufig die Notwendigkeit bestehen wird, ein neues Gesellschaftssystem inhaltlich, rechtlich, institutionell und strukturell gestalten und aufbauen zu müssen!

Allerdings sollte aufgrund der Irreparabilität dieses drohenden Systemzusammenbruchs damit gerechnet werden, dass die Machteliten aus Gründen der unbedingten System- und vor allem der eigenen Selbst- und Machterhaltung einen Krieg beginnen könnten.

Denn man muss bedenken, dass es bei der dann notwendigen Systemerneuerung, auch um eine vollständige Entmachtung und Beseitigung der bisherigen Herrschaftsstrukturen gehen wird, weil gehen muss, weil ganz grundsätzlich eine grundlegende Erneuerung dieser dann Notwendigkeit nur dann wirklich gelingen kann, wenn die alten Akteure, Institutionen und Strukturen vollständig ersetzt werden. Denn es hat noch nie funktioniert, wenn man, in welcher Form auch immer, den Bock mit zum Gärtner macht. - Und ob die Macht- und Finanzeliten das so einfach hinnehmen und zulassen würden?

Beweise dafür, dass das herrschende System im Prinzip unmittelbar und sofort mit Gewalt gegen Gegenbewegungen reagiert, gibt es in Europa, in den USA, in Südamerika, in Asien, in der ganzen Welt zuhauf. Auch in Deutschland, z.B. "Stuttgart 21".

Und das bedeutet, dass die Menschen auf jeden Fall von den Machteliten faktisch dazu gezwungen werden würden, für ein neues sozialeres, gerechteres und nachhaltiges Gesellschaftssystem im wahrsten Sinne des Wortes kämpfen zu müssen.

Und ob die Menschen dann dazu mehrheitlich auch wirklich und tatsächlich bereit wären, dafür gibt es allerdings überhaupt keine Anzeichen, weder geistig-intellektuelle noch mentale. D.h., dass der dann notwendige revolutionäre Akt durch die dafür notwendigen Mehrheiten in den Gesellschaften, zumindest im Moment eher unwahrscheinlich wäre.